



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

I. Das Wichtigste zuerst

1. Griechenland – aktuelle Lage

Das alles beherrschende Thema dieser Sitzungswoche war die Griechenland-Krise. Die Ereignisse überschlugen sich. Ständig erreichen uns neue Meldungen aus Athen. Von einer Lösung sind wir aus meiner Sicht noch weit entfernt. Vor allem für die griechische Bevölkerung, die am meisten an den Folgen der Entscheidungen ihrer eigenen Regierung leidet, spitzt sich die Situation immer weiter zu. Griechenland hat die Verhandlungen mit den Institutionen abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt. Das Hilfsprogramm ist ausgelaufen, weil Griechenland die fällige Kreditrate an den IWF nicht zurückgezahlt hat. Premier Alexis Tsipras hat ein neues Hilfsprogramm vorgeschlagen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung bekräftigt, dass das Referendum abgewartet werden muss. Erst danach kann die griechische Regierung Anträge nach den geltenden Regeln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stellen.

2. Nahles gibt nach - Dokumentationspflicht beim Mindestlohn wird praxistauglicher

Vorab möchte ich der teilweise nicht korrekten Formulierungen in der Presse widersprechen. Die Union wollte keineswegs „Änderungen“ des Mindestlohns erreichen, sondern eine notwendige Änderung der von der Ministerin Nahles (SPD) im Alleingang formulierte und erlassene Dokumentationspflichtenverordnung vom 18. Dezember 2014. Es freut mich daher sehr, dass unser Antrag

„Schmidts Berliner Brief“ 13/15

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen und letzten Ausgabe vor der Sommerpause!

Die Griechenland-Krise war diese Woche das alles beherrschende Thema. Es ist bedauerlich und aus meiner Sicht auch verantwortungslos, dass die griechische Regierung die Verhandlungen abgebrochen hat. Die EU will Griechenland helfen, jedoch brauchen wir einen verlässlichen und zu Kompromissen bereiten Partner. Was die Regierung in Athen gerade macht, ist alles andere als nachvollziehbar. Dabei sind die Menschen in Griechenland die Leidtragenden.

Die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat dem Druck unserer Fraktion nachgegeben und Änderungen bei den Dokumentationspflichten veröffentlicht. Auch wenn ich das Einlenken der Ministerin begrüße, bleiben einige Punkte, wie das Ehrenamt und die Auftraggeberhaftung weiterhin klärungsbedürftig.

Ich habe mich sehr über den Besuch aus der Heimat diese Woche gefreut. CDU Kreisverband Waldshut und CDU Gemeindeverband Höchenschwand kamen nach Berlin, um bei hochsommerlichen Temperaturen ein politisches Programm in der Hauptstadt zu absolvieren (S. 2.). Der Spaß kam aber auch nicht zu kurz...

Die zwei Monate Sommerpause werde ich neben dem Urlaub nutzen, um u.a. die CDA-Sommertour, die ich gemeinsam mit meinem Kollegen Peter Weiss MdB organisiert habe, durchzuführen.

*Herzliche und sonnige Grüße
Ihre*

„Mindestlohn entbürokratisieren und auf Fehlentwicklungen überprüfen“ seine Wirkung erzielt hat, auch wenn nicht alle Forderungen umgesetzt wurden und einige Punkte weiterer Klärung bedürfen. Eine der Hauptforderungen war die Absenkung des Schwellenwertes von 2.958 auf 1.900 Euro. Zwar bleibt der Schwellenwert bei 2.958 Euro bei saisonalen Beschäftigungsverhältnissen oder solchen mit schwankenden Arbeitszeiten bestehen, die Arbeitsaufzeichnungspflicht entfällt aber, wenn **das regelmäßige Arbeitsentgelt mehr als 2.000 Euro** brutto beträgt.

Bei der **Beschäftigung von Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnern, Kindern und Eltern des Arbeitgebers** wird dagegen künftig auf Aufzeichnungspflichten verzichtet. Das ist besonders wichtig und erwünscht in der Landwirtschaft und Gastronomie. Den veröffentlichten Text der Bestandsaufnahme finden Sie [hier](#).

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Unser Antrag zur Förderung der Integrationsbetriebe – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Bundesweit beschäftigen rund 800 Integrationsbetriebe 22.500 Menschen, davon etwa 10.500 Menschen mit Behinderung. Integrationsbetriebe bilden aus, beschäftigen und bereiten Menschen mit einer schweren Sinnes-, Körper- oder Mehrfachbehinderung auf Arbeitsplätze in anderen Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes vor. Damit leisten sie einen enorm wichtigen Beitrag für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben von schwerbehinderten Menschen. Unter anderem schlagen wir vor, die Anschubfinanzierung und Evaluierung neuer Plätze in Integrationsbetrieben aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe zu gewährleisten, die Zielgruppe der Integrationsbetriebe auf schwerbehinderte Menschen auszuweiten und die Wettbewerbsfähigkeit der Integrationsbetriebe durch besondere Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken. Auch die Weiterbildung in Integrationsbetrieben soll verbessert und die besondere Gesundheitsförderung ausgebaut werden.

2. Bürokratieentlastungsgesetz. Bereits am Dienstag berichtete Staatsminister im Bundeskanzleramt Dr. Helge Braun unserer Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales zur Einführung der „One in, one out“-Regel. In zweiter und dritter Lesung haben wir nun das Gesetz, mit dem wir insbesondere mittelständische Unternehmen von diversen Aufzeichnungs- und Meldepflichten entlasten, beraten und beschlossen. Insgesamt sollen die **Bürokratiekosten der Wirtschaft um rund 744 Millionen Euro pro Jahr** sinken.

3. Neues Elektro- und Elektronikgerätegesetz.



Große Elektrohändler sind künftig verpflichtet, Elektro-Altgeräte, wie Kühlschränke oder Flachbildschirme beim Neukauf eines gleichwertigen Geräts zurückzunehmen. Kleinere Geräte, wie Föhne, Mobiltelefone oder Rasierapparate müssen sie auch dann zurücknehmen, wenn kein entsprechendes Neugerät gekauft wird. Die Rücknahme ist immer kostenlos und bei den kleineren Geräten unabhängig davon, wo das Altgerät gekauft wurde.

III. Sonstiges

1. CDU Kreisverband Waldshut und CDU Gemeindeverband Höchenschwand bei hochsommerlichen Temperaturen in Berlin



Ein spannendes und interessantes Programm wartete auf 50 politisch interessierte Berlinbesucher vom Hochrhein diese Woche. Ich begrüßte den CDU Kreisverband und den CDU Gemeindeverband Höchenschwand am Anreisetag zum Abendessen auf einer Spreerundfahrt. Politisch ging es dann am nächsten Tag weiter. Im Anschluss an eine Plenarsitzung fand ein Gespräch im Reichstag statt, bei dem die Gruppe ein Geburtstagsständchen für mich zum Besten gab. Bei einer Diskussion im Bundesministerium der Finanzen drehte sich alles um das Thema Griechenland und die schwierige Suche nach Auswegen aus der Krise sowohl für das Land als auch für die Europäische Union. Eine Führung durch das Bundeskanzleramt und eine Stadtrundfahrt rundeten die gelungene Informationsreise ab.



2. Anke Müller aus Grafenhausen macht Praktikum im Berliner Büro

Mein Name ist Anke Müller. Ich bin 18 Jahre alt und stamme aus dem schönen Schwarzwald. In meiner Freizeit bin ich Mitglied in einem Musikverein und im Winter fahre ich sehr gerne Ski und Snowboard. Ich habe vor ein paar Wochen mein Abitur bestanden und bin froh über die Chance, ein Praktikum bei Frau Schmidt absolvieren zu können.

Mein Praktikum läuft zwar erst ein paar Tagen, trotzdem habe ich jetzt schon viele Einblicke erhalten. Ich durfte an

Sitzungen der Arbeitsgruppe und des Ausschusses für Arbeit und Soziales teilnehmen und auch die Arbeit im Büro kennenlernen. Die täglichen Abläufe und Sitzungen sind sehr informativ und interessant. Bereits in den ersten Tagen habe ich gelernt, wie viele Anstrengungen in den politischen Entscheidungen und allgemein in der ganzen Arbeit liegen. Ich freue mich über die Teilnahme an weiteren interessanten Veranstaltungen, so z.B. an einem Vortrag zum Thema „Gewalt und Islam“ nächste Woche. Ich hoffe und denke, dass dieses Praktikum mich in meiner Entscheidung bezüglich meiner beruflichen Zukunft weiter bringt. Es ist eine einmalige Gelegenheit und ich bin froh, diese ergriffen zu haben.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Während der Sommerpause findet keine Bürgersprechstunde statt. Sie können mich aber sehr gerne jederzeit kontaktieren, per E-Mail unter

gabriele.schmidt@bundestag.de oder telefonisch:

030- 227-74899

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen!

2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|----------------------|--|
| 04.-07. Juli: | • Delegationsreise der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion nach Chile und Kolumbien |
| 13. Juli: | • Spatenstich Neubau der Zeiger-Sesselbahn, Feldberg |
| 15. Juli: | • Besichtigung Firma Habermann, Lauchringen |
| 16. Juli: | • Spendenübergabe der CDU Lauchringen an das Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut |
| 18. Juli: | • CDU-Wahlkreiskonferenz für den Hochschwarzwald |
| 21.-23. Juli: | • Sozialpolitische Sommertour der CDA Südbaden |